

In Kürze: Der Bundesvorstand berichtet

Bundesfachausschuss Recht und Besoldung tagte in Berlin

100 Jahre VLW. Grund genug für den Ausschuss Recht und Besoldung, die Ausschusssitzung nach Berlin zu legen, um an der vom Bundesverband hervorragend geplanten und organisierten Festveranstaltung im dbb-Forum teilzunehmen. Nach dem gelungenen und mit hochkarätigen Vertretern aus Politik und Wirtschaft besetzten Festakt holte der Alltag die Ausschussmitglieder in der anschließenden Sitzung wieder ein.

Erneut stand das Thema Personalvertretungsrecht auf der Tagesordnung, Die Beiträge zu diesem Thema ließen erkennen, dass Neuregelungen, wie z. B. in NRW, die eine erhebliche Verminderung der Kompetenzen der Personalräte vorsehen, eine starke Sogwirkung auf andere Bundesländer ausüben. Insbesondere vor dem Hintergrund der Umgestaltung der beruflichen Schulen zu selbstständigen Schulen und der damit verbundenen Verlagerung größere Verantwortung an die Schulen müssen die örtlichen Personalräte mehr statt weniger Mitbestimmungsrechte erhalten. Mitwirkungs- und Anhörungsrechte sollten dabei in Mitbestimmungsrechte umgewandelt werden.

Die Entwicklung des Tarifrechts und der Tarifabschluss für Bund und Kommunen war weiteres Thema der Sitzung. Gemäß dem Tarifabschluss vom 31. März 2008 erhalten die Angestellten einen Sockelbetrag von 50,00 Euro und eine lineare Erhöhung von 3,1 %. Für 2009 folgen eine weitere Erhöhung um 2,8 % sowie eine weitere Einmalzahlung. Wurden in der Vergangenheit Tarifverträge per Gesetz auf Beamte übertragen, zeigen sich jetzt sehr drastisch die Folgen der Föderalismusreform. Nicht nur bei den unterschiedlichen Wochenarbeitszeiten, auch bei der Bezahlung und Besoldung geht die Schere immer weiter auseinander. Der Ausschuss ist sich darin einig, dass es der Anstrengung aller bedarf, um wieder zu gerechten, vernünftigen und angemessenen Lösungen zurückzukehren.

Auch die weitere Entwicklung im Dienstrecht verfolgt der Ausschuss mit Sorge. Das beim Bund in Arbeit befindliche neue Beamtenstatusgesetz, das das bisherige Beamtenrechtsrahmengesetz ablösen wird, soll die Voraussetzung für die Neuerungen im Dienstrecht der Länder schaffen, so zum Beispiel die Anhebung des Pensionsalters von derzeit 65 auf 67 Jahre regeln.

Mit Genugtuung hat der Ausschuss das Urteil des Verwaltungsgerichts Arnberg zur Kenntnis genommen, wonach die Besoldung der Beamten in NRW verfassungswidrig sei, da die Beamten nach Auffassung des Gerichts durch Streichung des Urlaubsgeldes sowie weiterer Sparmaßnahmen in unzulässiger Weise von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt seien. Das Gericht legte die Klagen von Beamten dem Bundesverfassungsgericht vor. Der Ausschuss wird die weitere Entwicklung sorgfältig verfolgen.

Bei der Beihilfe zeichnet sich ab, dass die Regelungen zur Kostendämpfung, wie z. B. ein jährlicher Selbstbehalt, rechtlich fragwürdig sind (so z. B. das VG Koblenz im Urteil vom 22.06.2007, das die Nichtigkeit der Kostendämpfungspauschale erklärt). Einige Bundesländer stellen daher ihre Beihilfebescheide unter Vorläufigkeit bis zu einer abschließenden gerichtlichen Entscheidung, um einer Klageflut vorzubeugen.

Der umfassende Informationsaustausch über neuere Entwicklungen im Dienstrecht der Länder wird im Mittelpunkt der nächsten Sitzung des Ausschusses im September 2008 stehen.

Sitzung des Ausschusses für Lehrerbildung

Im Anschluss an die 100 Jahr-Feier des VLW tagte der Lehrerbildungsausschuss am darauf folgenden Samstag. Zentrale Themen der Sitzung waren neben einer Nachlese zur Feier des Vortages die aktuellen Themen der Lehrerbildung. Diese sehen die Mitglieder des Ausschusses vor allem in der praktischen Umsetzung der Bachelor-/Master-Struktur, die an vielen Universitätsstandorten noch Schwierigkeiten bereitet, in der in mehreren Bundesländern geplanten Verkürzung der Vorbereitungsdiens, in der neu aufkommenden Diskussion um eine einphasige Lehrerbildung und in den Quer-/Seiteneinsteiger-Modellen. In all diesen Fragen ist der Verband und damit auch der Lehrerbildungsausschuss gefordert.

Ausbildungsplatzprogramm Ost

Mit der am 25.04.2008 unterzeichneten Vereinbarung zum Ausbildungsplatzprogramm Ost (APO) sollten auch in diesem Jahr wieder Ausbildungsstellen in den neuen Ländern gefördert werden. Für den Zeitraum September 2008 bis Dezember 2011 werden dafür von der Bundesregierung und den Ländern 47 Mio. Euro bereitgestellt.

Peter Heesen amtierender Präsident der CESI

Ende März 2008 wurde Peter Heesen einstimmig zum Präsidenten der Europäischen Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI) gewählt, nachdem sein Vorgänger, Valerio Salvatore, aus persönlichen Gründen sein Amt ruhen ließ. Heesen macht es sich zur Aufgabe, die Position der unabhängigen Gewerkschaften in Europa weiter auszubauen.

Wettbewerb „IT-Fitness macht Schule“

Um den innovativen Einsatz von Computern im Unterricht zu honorieren und weiter zu fördern, wurde der Schulwettbewerb „IT-Fitness macht Schule“ gestartet. Der Hauptpreis im Wert von 50.000,00 Euro besteht in einer IT-Vollausstattung für das „Klassenzimmer der Zukunft“. Weitere Preise sind Fortbildungswochenenden sowie Hard- und Softwarepakete. Die Preisverleihung findet im September 2008 statt. Die Bewerbungen sind bis 31.07.2008 über folgende Webseite einzureichen: www.it-fitness.de/schulwettbewerb. Rückfragen sind an das Projektbüro der Initiative IT-Fitness möglich: 0172 3994493 oder schule@it-bildungsnetz.de.

SIGRID LÜDECKE